

# Programmparteitag

09.06.2013  
Business Center, Christian-Probst-Weg, Hamburg

## Ergebnisse des Parteitages

Im Folgenden sind alle inhaltlichen Anträge, die auf dem Programmparteitag angenommen wurden, im Wortlaut aufgeführt. Die Nummern hinter den Antragstellern beziehen sich auf das Antragsbuch. Bei mehreren Antragstellern ist nur der erste hier genannt. Die Reihenfolge der Auflistung entspricht der Reihenfolge der Befassung auf dem Parteitag.

Zusätzlich gibt es eine Reihe von Anträgen, die (z.B. aufgrund ihrer Komplexität und/oder aufgrund des Zeitbedarfs für eine Diskussion) in eine zukünftige Programm-Kommission verwiesen wurden. Letzteres kann dem Protokoll des Programmparteitages entnommen werden. Der Wortlaut der Anträge, für die dies zutrifft, kann dem Antragsbuch des Parteitages entnommen werden.

Folgende Anträge wurden auf dem Parteitag angenommen:

### 1. Direktwahl des/r Bundeskanzlers/in

Antrag Kruse 3-2, Punkt 1.

Die Alternative für Deutschland fordert die Direktwahl des/r Bundeskanzlers/in durch die Bürger (also ohne Umweg über das Parlament).

Der/die Bundeskanzler/in sollte direkt von den Bürgern gewählt werden. Sie ernennt dann die Mitglieder der Regierung (präsidiales System). Durch die Trennung von Parlament und Regierung wird die Gewaltenteilung wiederhergestellt. Dies hat Vorteile für beide demokratischen Institutionen.

Die Regierung wird stabiler und handlungsfähiger und hat für eine ganze Reihe repräsentativer (Vertretung des Staates nach innen und außen) und exekutiver Aufgaben eine unmittelbare demokratische Legitimation und damit auch eine unmittelbare Verantwortlichkeit gegenüber den Bürgern. Für die Gesetzgebung, für die das Parlament die alleinige Kompetenz hat, sowie für andere Themen mit „Parlamentsvorbehalt“ ist immer die Mehrheit des gesamten Parlaments erforderlich, nicht (wie bisher defacto) diejenige von bestimmten Fraktionen oder Koalitionen. Die Abgeordneten werden dadurch von bloßen Mehrheitsbeschaffern, die sie qua Fraktionsdisziplin sind, zu selbstbewussten Parlamentariern (vgl. auch Wahlrecht zum Parlament), die jetzt „nach bestem Wissen und Gewissen“ diskutieren und abstimmen können. Einzelne Abgeordnete haben jedoch (anders als bisher) keine Blockadeoption gegen die Parlamentsmehrheit mehr. Feste Koalitionen, die bisher meistens eine Verzerrung des Wählerwillens aus machtpolitischen Gründen darstellen, sind ebenso überflüssig und schädlich wie ein faktischer Fraktionszwang, der unter den neuen Bedingungen (vgl. Wahlrecht zum Parlament und Senatsentscheidungen über Top-Positionen) auch kaum noch durchsetzbar ist .

Die Direktwahl der/des Bundeskanzlers/in schließt es nicht aus, dass das Parlament das Recht erhält, eine/n Minister/in nach einer Anhörung mit einer qualifizierten Mehrheit abzulehnen. Ebenso wäre es möglich, dass das Parlament mit einer Zweidrittel-Mehrheit o.ä. der/dem Bundeskanzlers/in das Misstrauen ausspricht und dann Neuwahlen (zu Regierung und Parlament) stattfinden.

### **Eine ausführlichere Begründung ist im Antragsbuch**

## **2. Änderung des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag**

Antrag Kruse Antrag Kruse 3-2, Punkt 2.

Die Alternative für Deutschland fordert: Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag wird  
a) die 5%-Hürde abgeschafft,

Die 5%-Klausel ist überflüssig und schädlich. Wenn die Regierung nicht vom Parlament, sondern direkt von den Bürgern gewählt wird, entfällt das letzte Argument (Regierungsstabilität), das legitimerweise für die 5%-Klausel vorgetragen wird.

## **3. Political Correctness**

Antrag Schülke 3-3

Ich beantrage, der Bundesprogrammkommission die Aufnahme des Themas Political Correctness als Unterpunkt der Themengruppe Demokratie in das künftige bundesweite Parteiprogramm vorzuschlagen, und das mit dieser

### **Begründung:**

Die weit vorangeschrittene Meinungskanalisation in Politik und Medien und die Tabuisierung ganzer Themenfelder in der veröffentlichten Meinung muss aufgebrochen werden.

Hierzu sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um

- die von Artt. 3 Abs. 1 und 5 Abs. 1 GG geschützte Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt wieder herzustellen und

- die Verächtlichmachung, Stigmatisierung und soziale Ausgrenzung von Menschen durch Medien und Politik zu beenden, nur weil sie innerhalb des von den Gesetzen und der Werteordnung des Grundgesetzes bestimmten Rahmens Meinungen vertreten, mit denen sie die Kanalisierung der veröffentlichten Meinung ("Political Correctness") verlassen.

Zu diesen Maßnahmen gehört insbesondere,

- den Einfluss der politischen Parteien auf Sendeformen und -inhalte sowie auf

Personalentscheidungen insbesondere der öffentlichrechtlichen Rundfunkanstalten, aber auch der privatrechtlichen Rundfunkhäuser dadurch zurückzudrängen, dass die politischen Parteien sowie die von ihnen maßgeblich bestimmte Institutionen künftig keine Mitglieder mehr in die Rundfunkräte entsenden und ihre Mitspracherechte und Einflussmöglichkeiten in den Gremien der Landesmedienanstalten eingeschränkt werden,

- die Schaffung von prohibitiv wirkenden Sanktionsmöglichkeiten für nachweisbar grob falsche oder einseitige Berichterstattung oder/und die sachwidrige Vermengung von Berichterstattung und Kommentaren insbesondere in öffentlichrechtlich verfassten Medien und

- die Stärkung der Wahrhaftigkeit in der Berichterstattung der Medien durch Eliminierung von Mechanismen der Pressezensur wie etwa der Ausführungsrichtlinie 12.1 zu Ziffer 12 des Pressekodex' des Deutschen Presserats (Verbot, in der Berichterstattung über Straftaten die Zugehörigkeit der Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten zu erwähnen).

#### **4. Verschwendung von Steuergeld bestrafen**

Antrag Marquart 4-4 Punkt 1.

Verschwendung von Steuergeld bestrafen.

Schaffung eines neuen §349 im Strafgesetzbuch (Wortlaut siehe Anhang. Entwurf von Prof. Bernd Schünemann, Uni München)

Bei Diskussion um Bestrafung, Verantwortung oder Nichtbestrafung kommt der Einwurf, dass der Antrag zu kurz greife und zwar deshalb, weil das Verwaltungsrecht geändert werden müsse, nicht aber das Strafrecht. Inhaltlich, also mit dieser Änderung, wird der Antrag angenommen. Die übrigen Punkte von 4-4 werden in die Programmkommission überwiesen

#### **5. Alterssicherung**

Antrag Gottschalk 6-1 Punkt 1.

Der Parteitag möge beschließen, dass das drei Säulenmodell auch weiterhin Grundlage der deutschen Altersvorsorge ist!

Die Alterssicherung ist Gegenstand ständiger Kontroversen:

Wie kann die Rentenversicherung trotz der demographischen Entwicklung finanzierbar bleiben? Mit welchen Mitteln ist den Herausforderungen zu begegnen? Lässt sich eine Sicherung des Lebensstandards weiterhin gewährleisten? Oder droht eine verbreitete Altersarmut?

#### **Alterssicherung<sup>1</sup>**

Die Alterssicherung ist darauf ausgerichtet, das Einkommen im Alter nach Abschluss des Erwerbslebens zu sichern. Mit der Regelsicherung der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen Altersvorsorge und der privaten Altersvorsorge ruht die Alterssicherung auf drei Säulen. Das mit Abstand größte Sicherungssystem ist die gesetzliche Rentenversicherung. Weitere nennenswerte Regelsysteme sind die Beamtenversorgung, die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, die Alterssicherung der Landwirte, die Künstlersozialversicherung und die berufsständischen Versorgungswerke.

Der demografische Wandel stellt die gesetzliche Rentenversicherung als umlagefinanziertes Alterssicherungssystem vor Herausforderungen. Sinkt die Zahl der Beitragszahler und steigt die Zahl der Leistungsberechtigten, würde dies ohne die bereits ergriffenen Gegenmaßnahmen zwangsläufig zu erhöhtem Finanzierungsdruck führen.

Ziel ist es, eine nachhaltige Finanzierung der Alterssicherungssysteme mit einem angemessenen Interessensausgleich zwischen Jung und Alt sicherzustellen. Die Bundesregierung hat vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung nicht nur in der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern im gesamten Bereich der Alterssicherung in den letzten zwei Jahrzehnten eine Reihe von Reformen durchgeführt. Eine der wichtigsten Reformen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung ist die im Jahr 2007 beschlossene schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029. Die Erhöhung der Regelaltersgrenzen erfolgte auch für Personen anderer Regelsysteme, wie etwa die Beamten des Bundes.

Die Anhebung der Regelaltersgrenze ist nicht nur eine rentenpolitische Maßnahme, sondern auch ein verbindliches Signal an Gesellschaft und Wirtschaft, den Bewusstseinswandel gegenüber

---

<sup>1</sup>[http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Demografie/Demografiebericht/Arbeitssicherung/arbeitssicherung\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Demografie/Demografiebericht/Arbeitssicherung/arbeitssicherung_node.html)

Älteren am Arbeitsmarkt und die Gestaltung alters- und altersgerechter Arbeitsbedingungen weiter zu fördern. Sie wirkt damit auch dem drohenden Fachkräftemangel entgegen.

Das drei Säulenmodell

Generell spricht sich die AfD dafür aus, das bisherige drei Säulenmodell der Altersvorsorge, also den Dreiklang aus GRV, privater Vorsorge und betrieblicher Altersvorsorge beizubehalten.

Abbildung 1 Drei Säulenmodell

1. Säule	2. Säule	3. Säule
<u>STAATLICHE VORSORGE</u>	<u>BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE</u>	<u>PRIVATE VORSORGE</u>
GESETZLICHE RENTEN- VERSICHERUNG	PENSIONS- KASSE	LEBENS- VERSICHERUNG
BEAMTENPENSION	UNTERSTÜTZUNGSKASSE	RENTEN- VERSICHERUNG
VERSORGUNGS- WERKE	PENSIONS- ZUSAGE	IMMOBILIEN
	DIREKT- VERSICHERUNG	WERT- PAPIERE

## Säule1

### Maßnahmen zur Stabilisierung und Erhaltung der Gesetzlichen Rentenversicherung.

- 1.) Abschaffung der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus der Rentenversicherung.

Die Regierungen der Bundesrepublik haben seit 1957 die Gesetzliche Rentenversicherung dazu missbraucht, artfremde, unpopuläre und teure Projekte über diesen Weg zu finanzieren.

Beispiele hierfür sind u.a. folgende Entnahmen:

- Zahlung der Kriegs- und Kriegshinterbliebenenrenten,
- den Aufbau der Bundeswehr aus Mitteln der Rentenversicherung,
- die Finanzierung der Sozialplankosten beim Umbau der Industrie zur

Dienstleistungsgesellschaft,

- die Übernahme der Ostverpflichtungen bis zur Finanzierung der so genannten „Ghettorenten“.

Alle diese Kosten sind notwendige Ausgaben, die jedoch eine volkswirtschaftliche Grundlage haben und daher über die gesamte Bevölkerung und

damit aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren sind. Ähnlich wie in der Energiepolitik, damit werden gezielt die notwendigen Diskussionen vermieden und es ist für die bisher herrschenden Parteien insoweit bequem, weil die Bürgerinnen und Bürger nicht erst überzeugt werden müssen. Außerdem werden hier wesentliche Vorgänge verschleiert.

## **6 Renten**

Antrag Quiel 6-2

Das derzeitige Rentensystem muss überarbeitet werden. Die Höhe der Renten muss für alle nachvollziehbar und fair sein. Es muss darüber hinaus eine langfristige Sicherung der Renten gewährleistet werden.

## **7 Entscheidungsfreiheit bei der Kindererziehung**

Antrag v. Lyncker aus 7-1.

Möglichkeiten zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung von Elternteilen sollten verbessert werden. Eltern, die einen schnellen Wiedereinstieg in ihren Beruf wünschen, müssen ausreichend Unterbringungsmöglichkeiten für ihre Kinder in flexiblen und gut ausgestatteten, kindgerechten Kitas zur Verfügung gestellt werden.

Elternteilen sollte aber auch ermöglicht werden, die ersten drei Jahre bei ihren Kindern zu verbringen. Neben sinnvoller finanzieller Unterstützung in dieser Zeit sollte Familienpolitik die volle Anrechenbarkeit von Erziehungszeiten auf die Altersvorsorge gewährleisten. Auch die Rückkehr in den Beruf muss Eltern nach dieser Zeit gesetzlich garantiert werden.

Begründung

- Der Wunsch nach Kindern und die Art der Kindererziehung sind in höchstem Maße private Entscheidungen der Eltern. Politik darf sich daher nicht anmaßen, eigene Wertvorstellungen und Lebensentwürfe in die Familien zu tragen.
- Familienpolitik sollte geeignete Rahmenbedingungen schaffen, die den Eltern tatsächliche finanzielle Entscheidungsfreiheit über Kinderwunsch und Kindererziehung ermöglicht, ohne Modelle vorzuschreiben oder zu privilegieren.
- Familienpolitik sollte neben dem Selbstverwirklichungswunsch der Eltern insbesondere das Kindeswohl im Auge behalten. Familienpolitik sollte sich nicht dem Druck wirtschaftlicher und ideologischer Interessen beugen und Politiken forcieren, welche womöglich auf Kosten des Kindeswohles gehen. Familienpolitik sollte als Anwalt der Kinder agieren, da diese den über sie getroffenen Entscheidungen schutzlos ausgeliefert sind.
- Insbesondere die ersten drei Lebensjahre sind entscheidend für die charakterliche Festigung und Entwicklung der Kinder. Eltern, die ihre Kinder in diesen Lebensjahren Vollzeit erziehen möchten, sollten in ihrem Wunsch unterstützt werden.

Es wird der Antrag gestellt, in das Programm wird aufzunehmen, Kinder bis zum zehnten Lebensjahr deiner Mutter grundsätzlich zu belassen und ferner, ein gemeinsames Sorgerecht der nicht oder nicht mehr verheirateten Eltern zu regeln.

## **8 Ehegattensplitting**

Antrag v. Lyncker aus 7-1.

Finanziell sollten Familien durch den Ausbau des Ehegattensplittings hin zu einem Familiensplitting gefördert werden. Das Familiensplitting sollte ab dem ersten Kind auch auf nicht-eheliche Lebensgemeinschaften Anwendung finden. Auch allein erziehende Elternteile und unterhaltspflichtige Elternteile sollten durch das Familiensplitting gefördert werden.

Begründung

- Kinder sind unsere Zukunft. Eine solidarische Förderung von Kindern und Familien ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft und wesentlicher Teil des Generationenvertrags.
- Angesichts einer Verschärfung des demographischen Problems muss ein Hauptziel der Familienpolitik die Steigerung der Geburtenrate der in Deutschland lebenden Bevölkerung sein.
- Im Zentrum muss das Wohl des Kindes stehen (durch finanzielle Förderung). Dies darf nicht abhängig davon sein, ob die Eltern eine gesetzliche Ehe eingegangen sind oder nicht.

## 9 Mietpreisbremsen

Antrag v. Lyncker aus 7-1.

Mietpreisbremsen in Städten mit stark steigendem Mietindex lehnen wir ab. Wir fordern stattdessen, durch offensiven Ausweis von Bauflächen die Voraussetzung für eine Expansion der Wohnungswirtschaft zu schaffen.

Begründung

- Mietpreisbremsen bringen negative Effekte auf den Wohnungsmarkt mit sich, u.a. Nachfrageüberschuss nach Wohnungen, dadurch Entstehung von Schattenmärkten, dadurch eine ungerechte Verteilung der Wohnungen; zudem: Verschlechterung der Bausubstanz aufgrund des Nachfrageüberschusses
- Die CDU ist mit ihrem Kursschwenk auf Mietpreisbremsen vollends auf die rot-grüne Linie eingeschwenkt. Dem möchten wir uns entgegenstellen mit einer „Alternative“.

## 10 Lohnuntergrenze

Antrag v. Lyncker aus 7-1.

Wir fordern eine Lohnuntergrenze, die regional von den einzelnen Tarifpartnern ausgehandelt wird. Jeder alleinstehend Vollzeit Beschäftigte sollte dadurch ein Einkommen erzielen, das deutlich über dem sozialstaatlich garantierten Existenzminimum liegt und ihm ein Leben nach menschenwürdigen Standards ermöglicht.

Begründung

- Leistungsgerechtigkeit: Wer mehr leistet, muss auch mehr bekommen.
- Jeder Vollzeit arbeitende Bürger (egal, wie einfach die Tätigkeit ist) sollte ein Einkommen erzielen, welches deutlich über der existenzsichernden Grundsicherung liegt
- Wir bewerten die Sozialrechtsreform des Jahres 2005 (Hartz-Reformen) positiv. Seitdem hat sich die Arbeitslosigkeit stark reduziert, die Beschäftigung ist gestiegen und die Sozialkassen wurden entlastet.
- Allerdings gelingt es nicht allen Beschäftigten, ein Erwerbseinkommen zu erzielen, das einen menschenwürdigen Mindeststandard an Lebensführung garantiert. Diese Beschäftigten sind auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen.
- Wir wollen die Wirtschaft in die Pflicht und Verantwortung nehmen, nicht den Staat. Jedes Unternehmen hat die moralische Verpflichtung, einem Vollzeit arbeitenden Angestellten – auch bei einfachen Tätigkeiten – einen menschenwürdigen Lohn zu zahlen. Auch dem Missbrauch von ausländischen Arbeitskräften, die in Folge der Arbeitnehmerfreizügigkeit aus anderen EU-Ländern zu uns kommen und mit Stundenlöhnen unter 3 €ausgebeutet werden, soll so entgegengewirkt

werden. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, Arbeitnehmer durch Lohnzusatzleistungen zu stützen und dadurch den Arbeitgebern ein Dumpinglohnsystem zu finanzieren.

## 11 Sprachkompetenz von Kindern

Antrag v. Lyncker aus 7-1.

Sprachkompetenz ist Grundvoraussetzung für Bildung. Hier muss Integrations- und Bildungspolitik ansetzen. Wir fordern, ein alters- und bedarfsgerechtes Unterrichtsangebot zur deutschen Sprache in Kinderbetreuungseinrichtungen einzuführen. Der Förderbedarf eines Kindes soll durch qualifiziertes Personal anhand einheitlicher Tests festgestellt werden und im Zweifelsfall zur verpflichtenden Teilnahme eines Sprachförderkurses führen.

Begründung

- Insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund, in deren Umfeld Deutsch nicht die bevorzugt gesprochene Sprache ist, weisen hier oft erhebliche Defizite bei der Sprachkompetenz auf.

## 12 Integrationspolitik

Antrag Schülke 9-1

Ich beantrage, der Bundesprogrammkommission die Aufnahme des Themenkreises Einwanderung und Integration in das künftige bundesweite Parteiprogramm vorzuschlagen, und das mit dieser

**Begründung:**

Deutschland ist ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land.

Das ändert aber nichts daran, dass Art und Ausmaß der Einwanderung den objektiven Interessen Deutschlands entsprechen müssen. Das sollte Deutschland selber und vorrangig anhand seines Bedarfs an Fachkräften in Mangelberufen definieren, zugleich aber sicherstellen, dass die solidarisch beitrags- und steuergespeisten Sozialsysteme nicht weiterhin in unvertretbarem Ausmaß von Migranten und deren nachfolgenden Familienangehörigen in Anspruch genommen werden, die keinerlei Beiträge dafür geleistet haben.

Das Einwanderungsregime Kanadas mit seinem ausdifferenzierten Punktesystem bietet insgesamt einige gute Anhaltspunkte dafür, wie hier vorgegangen werden kann. Die im Widerspruch dazu stehenden Bestimmungen in Abschnitten 5 und 6 des Aufenthaltsgesetzes müssen korrigiert werden, dessen zahllose Schlupflöcher, die die Regel zur Ausnahme machen, sind zu schließen.

Familiennachzug unterfällt dem grundgesetzlichen Schutz der Familie. Aber dessen Missbrauch (insbesondere in Form von Scheinehen) ist mit stringenten Regelungen zu bekämpfen. Der Familiennachzug ist grundsätzlich auf Ehegatten und Kinder zu beschränken. Auch diese haben ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache zu erwerben und nachzuweisen, ebenso Basiswissen über unsere Gesellschaft, demokratische Werteordnung und Kultur.

Gegenüber Migranten aus Kulturkreisen, in denen Frauen diskriminiert werden, ist uneingeschränkt die Einhaltung des Prinzips der Gleichstellung von Mann und Frau durchzusetzen.

Integration ist in allererster Linie eine Bringschuld der Einwanderer. Diese müssen Deutsche werden wollen. Die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft ist keine Voraussetzung für Integration, sondern Zeugnis deren erfolgreichen Abschlusses.

Integrationswilligen und -fähigen Einwanderern, die unsere Einwanderungskriterien erfüllen, ist von Seiten des Staates für ihre Integration alle dafür notwendige (auch materielle) Unterstützung und umfassende Hilfestellung zu gewähren. Diese Einwanderer sind uns von Herzen willkommen.

Doppelte Staatsbürgerschaften lehnen wir als einen der Gründe für die Entwicklung von Parallelgesellschaften, die wir nicht wollen, grundsätzlich ab.

Schwer straffällig gewordene Ausländer sind wesentlich schneller und konsequenter als bisher gemäß §§ 54 ff, 57ff AufenthG auszuweisen und abzuschicken.

Deutschland bietet politisch Verfolgten Schutz und Aufnahme, Art. 16 a GG. Asylbewerber müssen ohne Wartefristen in Deutschland arbeiten dürfen. Das gilt aber nicht für solche, deren Asylantrag schon nach summarischer Prüfung offensichtlich unbegründet ist.

### **13 Kanadisches Modell**

Antrag Eckleben ad hoc

Es wird beantragt, dass der heutige Programmparteitag eine qualifizierte Zuwanderung nach dem kanadischen Modell inhaltlich in das Programm mit aufnimmt.

### **14 Energiepolitik**

Antrag Siegert 5-1

1. Die abrupte, Fukushima - induzierte Energiewende hat eher Chaos- als Konzeptcharakter.
2. Das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) ist ein staatsdirigistischer und subventionistischer Moloch, der ohne rigide Reformen und Subventionsbeschränkungen allein den Verbraucher mehr als 1000 Milliarden €kosten wird.
3. Wir müssen weg von ideologiegeleiteter, hin zu faktenorientierter Energiepolitik.
4. Die Preistreiber bei Steuern und Abgaben auf die Stromkosten belasten vor allem unsere Einkommensschichten. Die wohlhabende grüne Lobby bedient sich bei den Verbrauchern und steckt sich gesetzlich garantierte Renditen in die eigene Tasche. Es erfolgt eine Umverteilung von unten nach oben.
5. Neue Technologien dürfen nur für befristete Einführungsphasen subventioniert werden. Mittelfristig müssen sie sich am Markt behaupten. Alle Subventionen sind transparent zu machen und aus Steuern und nicht aus verdeckten Zwangsabgaben zu finanzieren.  
Die EEG-Subventionen für erneuerbare Energien betragen 2012 21 Milliarden € bei einem Strombörsenwert von nur 2,1 Milliarden €
6. Strom muss für Wirtschaft und Verbraucher bezahlbar bleiben. Grundstoff- und verarbeitende Industrien und die damit verbundenen Arbeitsplätze dürfen nicht zur Abwanderung gezwungen werden.
7. Zu den Engpass Faktoren Grundlastsicherung, Speicherung und neue Leitungsnetze sind technisch, ökologisch und ökonomisch realistische Planungen zu entwickeln. Weitere zukunftsfähige neue Methoden der Energiegewinnung müssen technologieoffen erforscht und umgesetzt werden.

## **15 Ehrliche Strompreise**

Antrag Wagner 5-2

Ehrliche Strompreise, Subventionen stoppen, Alternativen entwickeln!

### 1. Strompreis sofort senken

Die künstliche Verteuerung von Strom durch neu eingeführte Umlagen und Steuern (KWK, EEG, Stromsteuer) muss gestoppt werden.

### 2. Ehrliche Strompreise

Der Bürger muss selbst entscheiden können, ob er günstigen Normalstrom oder grünen teuren Strom kauft.

### 3. Niedrige Einkommen schützen

In den letzten 10 Jahren haben sich Steuern und Abgaben auf die Stromkosten verzehnfacht. Familien mit Kindern und hohem Stromverbrauch finanzieren die Rendite von Solar- und Windanlageeignern. Es erfolgt eine Umverteilung von unten nach oben.

### 4. Subventionen transparent machen

Politisch gewollte neue Technologien dürfen nur für befristete Einführungsphasen aus Steuern, nicht aber aus verdeckten Zwangsabgaben subventioniert werden. Mittelfristig müssen sie sich am Markt behaupten.

(Allein die von Stromverbrauchern bezahlten EEG-Subventionen für erneuerbare Energien betragen 2012 21 Milliarden € mit stark steigender Tendenz).

### 5. Strom muss bezahlbar bleiben

Energieintensive Industrie und die damit verbundenen Arbeitsplätze dürfen nicht zur Abwanderung gezwungen werden, Verbraucher nicht überfordert werden.

### 6. Alternativen entwickeln

Zu den Faktoren Grundlastsicherung, Speicherung und neue Leitungsnetze gibt es keine technisch, ökologisch oder ökonomisch realistischen Lösungen.

Zukunftsfähige neue Methoden der Energiegewinnung müssen technologieoffen erforscht und umgesetzt werden.

## **16 Europa**

Antrag David 2-2

Der Parteitag möge beschließen, die folgende Passage in das Wahlprogramm aufzunehmen.

*„Wir bekennen uns mit Nachdruck zum Europäischen Gedanken mit seinen Grundwerten Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.*

*Daher fordern wir eine konsequente Demokratisierung der europäischen Institutionen. Europäisches Parlament, Kommission und Rat müssen auf Basis fundamentaler demokratischer Prinzipien reformiert werden.*

*Die Stimmrechtsanteile im EZB Rat haben die realen Haftungsrisiken der Staaten widerzuspiegeln.“*

Begründung:

Die AFD ist keine rein materiell motivierte Partei, sondern Partei der Werte und Prinzipien. Daher gilt es aus strategischen Gesichtspunkten den Wesenskern der Partei, neben der ökonomischen Kritik, als Avantgarde einer umfassenden Redemokratisierung zu akzentuieren.

*„Krisen vergehen, strukturelle Demokratiedefizite bestehen.“*

Die ökonomischen Turbulenzen der letzten Zeit wurden nur durch eine flagrante Missachtung demokratischer Grundwerte ermöglicht.

Daher gilt es zu 1:

Die europäischen Institutionen wieder auf ein solide Legitimationsgrundlage zu stellen.

Die Prämisse europäischer Einigung war ein Gesellschaftsvertrag von mehr Kompetenzen im Gegenzug für ein mehr an Repräsentativität. Das Gegenteil ist eingetreten. Mit einer immer weitergehenden Kompetenzaneignung der europäischen Institutionen ging eine fortschreitende Marginalisierung insbesondere des deutschen Souveräns einher.

Demokratische Prinzipien wie das der „Gleichheit der Wahl“ wurden auf dem Altar politischer Opportunität geopfert. Dies hat zu einer schleichenden Erosion institutioneller Legitimität geführt.

Die EU entspricht in ihrer gegenwärtigen Form nicht mehr dem selbstgesetzten Anspruch Verkörperung des europäischen Gedankens zu sein.

Zu 2.

Die Stimmrechtsanteile internationaler Finanzorganisationen orientieren sich üblicherweise am Haftungs- bzw. Einlagekapital der beteiligten Staaten. Nur so ist die ungebührliche Belastung größerer Mitglieder durch Mehrheitsentscheidungen numerisch überlegener kleinerer Staaten zu verhindern. In der EZB haben alle Staaten unabhängig von ihrem Haftungsvolumen gleichwertiges Stimmrecht.

Die Folge sind Fehlanreize (moral hazard), da die finanziellen Risiken des eigenen Handelns an Andere transferiert werden. Wiederholt hat dies zum Bruch der EZB Statuten (Aufweichung der Kreditsicherheiten, monetäre Staatsfinanzierung auf Umweg durch die Banken) durch Überstimmung der unterrepräsentierten Geberländer seitens überschuldeter Nehmerländer geführt.

Die ökonomischen Fehler einzelner Staaten dürfen nicht über den Umweg der EZB sozialisiert werden.

Nur die proportionale Repräsentation gemäß des übernommenen Risikos kann diese Defizite beseitigen.

Diese systemischen Fehler gilt es zu korrigieren.

FÜR EIN FREIES, DEMOKRATISCHES EUROPA

## **17 Euro und Währung**

Antrag Strack 1-1

Der nachstehende Text wird in das Programm der Alternative für Deutschland, Landesverband Hamburg, aufgenommen:

### **Grundlagen**

Bei Errichtung des Euro waren die Kriterien eines optimalen Währungsraumes nicht erfüllt, seitdem hat sich die Situation verschlechtert. Die Euro-Argumente der Altparteien halten einer Überprüfung nicht stand.

Der Euro wird durch die ihm von der Politik zugeteilte Rolle als Instrument der europäischen Integration überfrachtet. Die gemeinsame Währung kann weder die politische noch die wirtschaftliche Integration fördern, da sie zu gravierenden Problemen der Wettbewerbsfähigkeit und der Verschuldung geführt hat. Der europäische Binnenmarkt ist in Gefahr.

Die sogenannten Euro-Rettungsschirme gefährden durch hohe Haftungsrisiken die deutschen Staatsfinanzen und die freundschaftlichen Beziehungen der Völker.

Die Bürger der Euro-Staaten haben somit ein gemeinsames Interesse an der Auflösung des Euro in seiner gegenwärtigen Form.

### **Forderungen**

Wir fordern die Änderung der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union einschließlich der Währungsunion. Jeder Mitgliedstaat muss das Recht besitzen, aus dem Euro auszuscheiden. Das Deutsche Volk muss demokratisch über seine Währung entscheiden dürfen.

Wir fordern zudem eine geordnete Auflösung des Euro in seiner bestehenden Form und die Wiedereinführung nationaler Währungen, zumindest aber die Schaffung kleiner und stabiler Währungsverbunde. Die Wiedereinführung der DM darf dabei kein Tabu sein.

Zur Durchführung schlagen wir einen gleitenden Übergang auf dem Wege von Parallelwährungen vor. Der Euro ist in diesem Rahmen zu einem europäischen Währungskorb zu entwickeln, der als Referenzwährung die Auf- und Abwertungen limitiert.

Schließlich fordern wir ein sofortiges Ende der sogenannten Rettungspolitik, insbesondere das Ende des Ankaufs von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank.

Euro

Wissenschaftliche und politische Argumente und der Weg aus dem Euro

Ausführliche Begründung des Antrags der Arbeitsgruppe Euro auf dem Parteitag der AfD HH am 09.06.2013

## 1. EINLEITUNG

Der Euro ist als politisches Projekt überfrachtet mit Hoffnungen. Die politischen Hoffnungen wie z. B. eine weitgehende Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik im Währungsgebiet kann der Euro nicht erfüllen. Schwerer als die politische Überforderung wiegt, daß er die wirtschaftlichen Funktionen Gütertausch, Vermögensaufbewahrung und Recheneinheit nur teilweise erfüllen kann. Speziell seine Defizite in der Funktion des Gütertauschs führen zu Arbeitslosigkeit und Verelendung.

Dieses Arbeitspapier zeigt auf,

- daß der Euro aus wissenschaftlicher Sicht nicht funktionieren kann.
- daß die Argumente der Altparteien einer Überprüfung nicht standhalten.
- daß ein Weg aus dem Euro mittels Parallelwährung möglich ist.
- dass eine Umkehr unvermeidlich und umso teurer wird, je länger sie aufgeschoben wird.

Politik erfordert das Betrachten der Realität, dafür muß sie die Augen öffnen. Das Wunschenken der Altparteien mißachtet die Realität und folglich versagt ihre Politik.

## 2. VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN - OPTIMALE WÄHRUNGSRÄUME

Schon bei Gründung der Eurozone war bekannt, daß die Eurozone keinen optimalen Währungsraum<sup>2</sup> darstellen würde.

### 2.1 ÖKONOMISCHE UND SOZIALPOLITISCHE BEDINGUNGEN

Der Kernpunkt des Euro-Versagens beruht auf den unterschiedlichen ökonomischen und sozialpolitischen Verhaltensweisen der Bürger und Politiker. In den südlichen Staaten - anders als in den nördlichen - wurden die Löhne starker erhöht als die Produktivitätsentwicklung. Das hätte eine Abwertung der Währung für die südlichen Staaten erfordert. Die höheren Staatsausgaben der südlichen Staaten im Verhältnis zu den Steuereinnahmen wurde traditionell durch Gelddrucken und Abwertung finanziert. Da eine Abwertung im Euro nicht möglich ist, verloren die südlichen Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt und häuften Staatsschulden an, die Arbeitslosigkeit stieg<sup>3</sup>.

### 2.2. MOBILITÄT DES FAKTORS ARBEIT

Die Mobilität des Faktors Arbeit ist ein wichtiges Kriterium für einen optimalen Währungsraum, um Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage auszugleichen. Sie ist im Euroraum nicht ausreichend ausgeprägt. Die geringe Umzugsneigung der Europäer, verstärkt durch Sprach- und Mentalitätsunterschiede, führt zu einem Ungleichgewicht von Arbeitsnachfrage und -angebot. Dies resultiert in hohen Arbeitslosenquoten in den südeuropäischen Staaten. Erst durch die Krise ist eine Wanderungsbewegung entstanden, wobei viele Südeuropäer statt nach Nordeuropa in die ehemalige Kolonien gehen.

### 2.3. MOBILITÄT DES FAKTORS KAPITAL

Die Mobilität des Kapitals kann temporäre Defizite im Außenhandel oder in den Staatsfinanzen ausgleichen. Während des EWS verbesserten die Währungsschlange und der Währungskorb ECU die Kapitalmobilität in Europa. Nach Einführung des Euro stieg die Kapitalmobilität nochmals an. Durch Ausblenden der unterschiedlichen Risiken glichen sich die Zinsen an. In den ersten Jahren

---

<sup>2</sup> Für eine Kurzdarstellung siehe Wikipedia und dort aufgeführte Literatur.

<sup>3</sup> Ursachen und Fehlentwicklungen sind ausführlicher dargestellt in: Chancen und Risiken einer Fiskalunion, S. 16-18, PWC und HWWI, 2013

der Währungsunion floß viel Kapital aus Deutschland in die südliche Eurozone. Dieser Kapitalabfluß ist teilweise ursächlich für die damaligen deutschen Wirtschaftsprobleme. Erst in der Finanz- und Staatsschuldenkrise wurde das Kapital zurück transferiert. Seitdem sind die südeuropäischen Staaten in unterschiedlichem Ausmaß vom Kapitalmarkt abgeschnitten.

Den Kapitalmarkt ersetzen für diese Länder Rettungsfonds und die EZB. Die Außenhandels- und Staatsdefizite werden durch Rettungskredite, Geldmengenvermehrung, Staatsanleihenkäufe der EZB oder Target2-Salden finanziert. Diese Maßnahmen übertragen Schulden und Risiken auf die Nordstaaten (und deren Bürger). Dies widerspricht dem No-Bail-Out Prinzip des Maastrichter Vertrages. Ebenso verletzt die EZB das Verbot der Staatsfinanzierung.

#### 2.4. OFFENHEIT DER VOLKSWIRTSCHAFTEN

Der europäische Binnenmarkt öffnete die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten untereinander in hohem Maße. Dennoch ist seit der Euro-Einführung der Anteil der Eurozone am deutschen Außenhandel von 46% auf unter 39% gefallen, Tendenz weiter sinkend. Während Deutschland die Einbußen im Eurozonenhandel durch Zugewinne im globalen Handel kompensieren kann, verzeichnen viele Staaten der Eurozone erhebliche Rückgänge im Außenhandel. Damit gehen die Vorteile des Warenaustauschs verloren, die Bevölkerung ächzt dort unter Arbeits- und Perspektivlosigkeit.

#### 2.5. FAZIT

War die Eurozone schon bei Gründung kein optimaler Währungsraum, so hat die Eignung seitdem weiter abgenommen. Die volkswirtschaftlichen Grundlagen sprechen für eine Auflösung der Eurozone.

Die Rettungspolitik hat nur die schlimmsten Symptome kaschiert, die Ursachen der Ungleichgewichte sind nicht behoben. Die Rettungspolitik kauft Zeit auf die Kosten der Bürger.

### 3. EURO ARGUMENTE DER ALTPARTEIEN

Die oftmals wiederholten Argumente der Politik für den Euro sind die folgenden:

#### 3.1. TRANSPARENZ

Die Auszeichnung der Güter in einer Währung soll die Preistransparenz erhöhen. In Zeiten des Internets entbehrt das Argument der Preistransparenz einer Grundlage.

#### 3.2. UMTAUSCHGEBÜHREN

Die Umtauschgebühren sind durch eine Währung entfallen. Im Ausland wird jedoch von Privatpersonen weitgehend Plastikgeld genutzt, bei dem weiterhin Auslandsgebühren anfallen. Im Geschäftsverkehr wird Giralgeld mit geringen Umtauschgebühren genutzt. Somit weist auch dieses Argument keine große Relevanz auf.

#### 3.3. GROßMACHTSTREBEN DER POLITIK

Gerne wird argumentiert, Europa müsse sich integrieren, um ein bedeutender Verhandlungspartner für die USA oder China zu sein. Tatsächlich leidet die Eurozone unter schwachen Wirtschaftsdaten und bittet China um den Kauf von europäischen Staatsanleihen an. Ein wirtschaftlich abhängiger Staatenverbund kann nicht mit China auf Augenhöhe verhandeln, mit oder ohne Euro.

Festzuhalten bleibt, daß die aus der Einheitswährung resultierende Wirtschaftsschwäche die wirtschaftliche Bedeutung Europas sogar mindert.

#### 3.4. RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Eurozone fußt auf Verträgen im Verfassungsrang, z.B. den Verschuldungsregeln oder dem Vertrag über die Europäische Union mit dem No-Bail-Out Prinzip. Diese werden permanent

ausgehebelt bzw. gebrochen. Aufgrund des mangelnden demokratischen Durchgriffs bleibt dies ungesühnt. Soweit Klagemöglichkeiten der beteiligten Organe bzw. der Staaten vor dem Europäischen Gerichtshof bestehen, werden sie ganz überwiegend nicht wahrgenommen. Im Übrigen interpretiert die europäische Gerichtsbarkeit ihre Rolle politisch und im Zweifel „integrationsfreundlich“. Das Bundesverfassungsgericht ist hier letztlich keine große Hilfe, weil es sich gegenüber dem Europarecht auf die Kontrolle eines absoluten Minimalstandards zurückzieht und, soweit selbst dieser berührt wird (z.B. Demokratieprinzip), eine Konfrontation mit der Politik scheut.

Die EU hat die Grundlagen des Rechtsstaats, die Gewaltenteilung, beschädigt. Der Bürger ist dem staatlichen Zugriff schutzlos ausgesetzt. Oder wie es Benedikt XVI den heiligen Augustinus zitierend ausdrückte: „Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande.“<sup>4</sup>

Die staatliche Willkür entzieht den Anreiz wirtschaftlich zu handeln, die Grundlagen des Wohlstandes gehen verloren. Die EU wandelt sich von einer inklusiven Institution, die dem Bürger Anreize bietet, zu einer exklusiven Institution<sup>5</sup>, die den Bürger ausbeutet.

### 3.5. EURO ALS FRIEDENSARGUMENT

Der Euro wird als Friedensinstrument gepriesen. Dabei zeigt die Geschichte, daß eine Währungsunion keine Kriege verhindert. Beispiele sind der erste Weltkrieg, wo Deutschland und GB in einem Goldstandard verbunden waren oder die Kriege in der ehemaligen Rubel- oder Dinarzone (UdSSR, Jugoslawien).

Der Historiker Gérard Bökenkamp folgert daher: „Eine gemeinsame Währungs-Ordnung oder auch die Mitgliedschaft in einem Wirtschaftsverbund sind offensichtlich weder ein Garant für Frieden, noch für politische Integration.“<sup>6</sup>

Vielmehr ist das Gegenteil richtig: Durch das Zwangskorsett eines Währungsverbundes und Unterlaufen der gemeinsamen Regeln steigen Mißgunst und Streit<sup>7</sup>.

### 3.6. WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND WACHSTUM STÄRKEN

Der Euro sollte die Wettbewerbsfähigkeit und damit das Wachstum fördern. Der Euro führte bei vielen Mitgliedern zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Heute ist die Eurozone die wachstumsschwächste Region weltweit.

### 3.7. FAZIT

Die politischen Argumente für Euro schlagen fehl, zum Teil produziert der Euro sogar die gegenteiligen Effekte. Der Süden leidet unter Perspektivlosigkeit und Verelendung, der Norden unter unglaublichen Schulden- und Haftungsrisiken. Die Bedeutung Europas in der Welt, politisch und wirtschaftlich, erodiert.

## 4. SACHSTANDSAUFNAHME

In der Eurozone sind zwei Systeme der Staatsfinanzierung zusammengeführt. Es handelt sich um das südeuropäische Modell mit einer eher geringen persönlichen Steuerlast und der

---

<sup>4</sup> Rede vor dem deutschen Bundestag am 22. September 2011.

<sup>5</sup> Zu dem Konzept von inklusiven und exklusiven Staaten siehe: Acemoglu, Daron und Robinson, James A.: Warum Nationen scheitern; Frankfurt 2013

<sup>6</sup> Gérard Bökenkamp: Euro und Europa: Frieden durch eine einheitliche Währung; in: eigentümlich frei, 07.01.2011.

<sup>7</sup> Für eine knappe Darstellung der Probleme in einer Währungsunion siehe: Theurl, Theresia: Die lateinische Münzunion war von Anfang an fehlerhaft; Interview in Freie Welt, 09. April 2013. Die lateinische Münzunion existierte von 1865-1926; die Parallelen bei Konstruktionsfehlern und Problemen zur heutigen Eurozone sind deutlich.

Staatsfinanzierung über die Notenpresse und das nordeuropäische Modell mit einer primären Staatsfinanzierung über Steuern. Im südeuropäischen Modell erfolgt eine Teilbesteuerung durch die Inflationssteuer, d.h. durch die steuergleichen Effekte der Inflation<sup>8</sup>. Da die Staatsfinanzierung der EZB der Inflation Vorschub leistet, führt dies zu einer doppelten Besteuerung der Nordeuropäer, da zur direkten Besteuerung in Inflationssteuer hinzukommt.

Die Bürger – gleichermaßen in Süd- und Nordeuropa - haben ein Interesse an einer Auflösung des Euro. Die Politiker (Altparteien) aber wollen weder dieses Machtinstrument aus den Händen geben noch einen Fehlschlag des Abenteuers Euro zugeben. Der Interessengegensatz besteht nicht zwischen Bürgern im Norden und den Bürgern im Süden, sondern zwischen Bürgern und politischer Klasse.

Eine weitere Zentralisierung der EU kann die Ursachen nicht beseitigen. Die Losung „mehr Europa“ propagiert eine weitere Machtübertragung an die Altparteien.

Die sog. Euro-Rettung hatte von Anfang an keine Chance auf Erfolg. Die rettungsbedürftigen Länder weisen eine Bevölkerung in Höhe von ca. Mio. 200 Personen auf, die Retterstaaten eine Bevölkerung in Höhe von ca. Mio. 100 Personen, ein nicht tragbares Missverhältnis. Die für die Krise ursächlichen Unterschiede der Wettbewerbsfähigkeit wurden nicht beseitigt, sondern zementiert. So ist die Eurozone zerfallen in 17 einzelne Wirtschaftszonen, mit 17 Preisniveaus und 17 abgegrenzten Finanzmärkten. Der Euro hat in Spanien eine andere Kaufkraft als in Deutschland, und in Italien hat er wieder eine andere Kaufkraft<sup>9</sup>. Was einmal ein großer Binnenmarkt war, ist zerfallen in 17 Einzelmärkte, die in eine Währung gezwungen werden. Die Spannungen und Verwerfungen sind offensichtlich, sie treiben Unternehmen in die Insolvenz und Bürger in die Verelendung. Die Rettungsgelder haben i. w. die Großanleger vor Verlusten ihrer riskanten Investments bewahrt, der „Normalbürger“ wurde nicht gerettet. Die Eurorettung ist eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben.

## **18 Auflösung Währungsraum** Antrag Irsfeld 1-2

Ich beantrage folgenden Satz unter der Gliederung „Euro“ aufzunehmen: „Bei der geordneten Auflösung des Euro-Währungsgebietes ist darauf zu achten, dass es im Vorfeld nicht zu einer Kapitalflucht nach Deutschland (oder anderen Ländern) kommt, welche einerseits die Target 2-Salden ansteigen lassen könnte und andererseits die Überlebensfähigkeit der Banken der Austrittsländer gefährden könnte.“

Begründung:

Richtigerweise gibt es ein Misstrauen in der Bevölkerung (den Medien), inwieweit eine Auflösung zum Nutzen Deutschlands und organisatorisch umsetzbar ist. Hierauf sollte die AfD eine Antwort haben bzw. mit dem oben genannten Satz den potenziellen Anspruchsgruppen verdeutlichen, dass eine Auflösung des Währungsraums nur unter Beachtung deutscher Interessen angestrebt wird.

---

<sup>8</sup> Die Inflationssteuer ist der einzige Weg zur Besteuerung der Mafia. Die sinkenden Inflationsraten in Italien sind eine Steuerreduktion für die Mafia. Vgl. Illing, Gerhard, Theorie der Geldpolitik, Springer 1997, S. 68.

<sup>9</sup> Die Kapitalflucht aus dem Süden ist eine wirtschaftlich vernünftige Verhaltensweise der Kapitalanleger. Sollten die Bürger Kaufkraft und Sicherheit im Norden gefährdet sehen, werden sie aus der Eurozone fliehen.